



JOHANNES KEPLER
UNIVERSITY LINZ | JKU

IAW

INSTITUT FÜR ANGEWANDTE
WIRTSCHAFTSFORSCHUNG e.V.

Pressemitteilung

*Prognose zur Entwicklung der
Schattenwirtschaft in Deutschland
im Jahr 2018*

Tübingen und Linz, 6. Februar 2018

Prognose für 2018: Verhältnis von Schattenwirtschaft zum offiziellen BIP fällt auf unter 10 %

Aufgrund der guten wirtschaftlichen Lage und der zunehmenden gemeldeten Beschäftigung setzt sich 2018 der längerfristige Rückgang der Schattenwirtschaft unvermindert fort. Das Verhältnis von Schattenwirtschaft zu offizieller Wirtschaft reduziert sich dadurch auf unter 10 %. Die künftige Bundesregierung könnte die Schattenwirtschaft durch steuerliche Entlastungen aber noch weiter vermindern. So würde die Schattenwirtschaft durch die vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags um über 10 Mrd. Euro sinken.

Zu diesen Ergebnissen kommt die Prognose der Schattenwirtschaft für 2018 in Deutschland, die der Schattenwirtschaftsexperte Professor Friedrich Schneider (Universität Linz) gemeinsam mit dem Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung (IAW) in Tübingen vorgelegt hat. Nach den Modellberechnungen wird der Umfang der Schattenwirtschaft im Jahr 2018 bei 323 Mrd. Euro liegen (siehe Tabelle und Abbildung 1). Dies ist gegenüber dem Vorjahr ein Rückgang um gut 5 Mrd. Euro. Unter Schattenwirtschaft versteht man Schwarzarbeit, aber auch illegale Beschäftigung (beispielsweise illegale Arbeitnehmerüberlassung) sowie weitere illegale Tätigkeiten.

Der Rückgang der Schattenwirtschaft ist nahezu ausschließlich auf die günstige wirtschaftliche Situation zurückzuführen (siehe Tabelle 2). Gestiegene Arbeits- und Verdienstmöglichkeiten in der offiziellen Wirtschaft führen dazu, dass weniger Personen bereit sind, ihre Arbeitskraft außerhalb der offiziellen Wirtschaft anzubieten. Von der Politik gehen im Jahr 2018 – soweit derzeit absehbar – keine Impulse zur Reduzierung oder der Erhöhung der Schattenwirtschaft aus. Zwar sinkt der Rentenversicherungsbei-

trag von 18,7 % auf 18,6 % und die Zusatzbeiträge zur Gesetzlichen Krankenversicherung nehmen ab. Diese Beitragsänderungen sind jedoch zu gering, um auf dieser Basis eine Änderung der Schattenwirtschaft ermitteln zu können.

Künftig weniger Schattenwirtschaft durch Abschaffung des Solidaritätszuschlags?

In den Sondierungsgesprächen zwischen CDU, CSU und SPD für eine Regierung im Bund wurde eine schrittweise Abschaffung des Solidaritätszuschlags (umgangssprachlich „Soli“) zur Einkommensteuer vereinbart. Dadurch sollen in der bis 2021 laufenden Wahlperiode 90 % aller Zahler des Solidaritätszuschlags durch eine Freigrenze (mit Gleitzone) vollständig vom Soli entlastet werden. Nach den Berechnungen von Schneider und IAW sind dies Haushalte mit einem Gesamtbetrag der Einkünfte von unter 90.000 Euro. Durch die Entlastung dieser Haushalte würde sich die Schattenwirtschaft um jährlich rund 7 Mrd. Euro vermindern (siehe Tabelle 3). Entfielen der Solidaritätszuschlag vollständig für alle, so würde sich das Volumen der Schattenwirtschaft um weitere 3,8 Mrd. Euro pro Jahr vermindern.

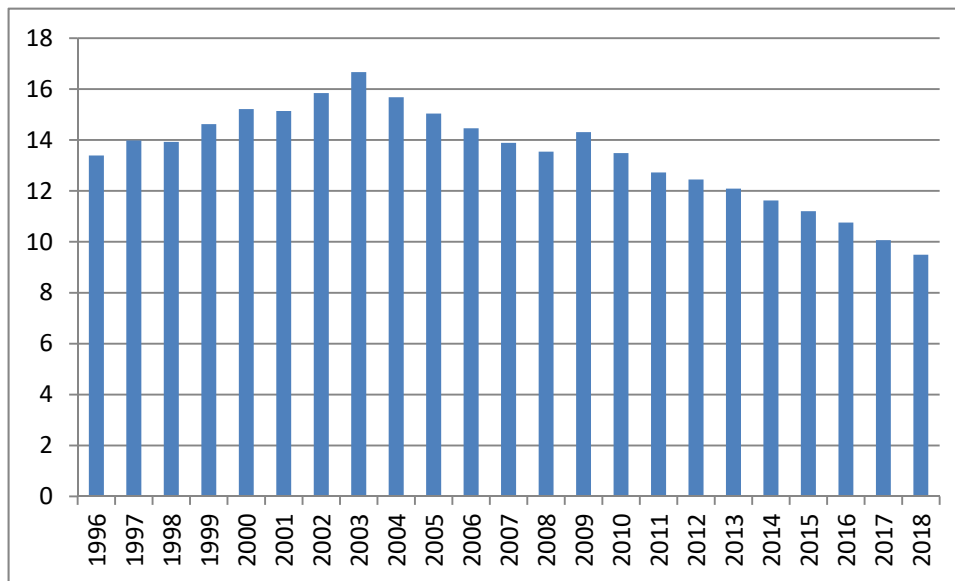
Prognose der Schattenwirtschaft international

Deutschland liegt beim Vergleich des Schattenwirtschaftsvolumens in ausgewählten OECD-Ländern mit der Größe seiner Schattenwirtschaft inzwischen deutlich unterhalb des Durchschnitts (siehe Abbildung 2 und 3). Für das Jahr 2018 wird prognostiziert, dass die Schattenwirtschaft in den meisten OECD-Ländern zurückgehen wird. Eine Ausnahme ist Großbritannien. Hier wirkt sich der Brexit negativ auf die offizielle Wirtschaftsentwicklung aus. Noch stärker als in Deutschland geht die Schattenwirtschaft in den Niederlanden und in Österreich zurück. In beiden Ländern war das Wirtschaftswachstum noch stärker als in Deutschland und diese Länder hatten bereits in den Jahren davor eine niedrige Schattenwirtschaftsquote.

Ansprechpartner:

Prof. Dr. Friedrich Schneider
Forschungsinstitut für Bankwesen
Johannes Kepler Universität Linz
A-4040 Linz
Tel.: 0043-732-2468-7340
Mobil: 0043-6643085228
Email : friedrich.schneider@jku.at

Prof. Dr. Bernhard Boockmann
IAW Tübingen
Ob dem Himmelreich 1
D-72074 Tübingen
Tel.: 07071 9896-0
Fax: 07071 9896-99
Email: bernhard.boockmann@iaw.edu

Abbildung 1: Verhältnis von Schattenwirtschaft zum offiziellen BIP in Deutschland**Tabelle 1: Originalwerte zu Abbildung 1**

Jahr	Schattenwirtschaft in Mrd. €	Verhältnis Schattenwirtschaft zu offiziellem BIP
1996	258	13,4
1997	275	14,0
1998	281	13,9
1999	302	14,6
2000	322	15,2
2001	330	15,1
2002	350	15,8
2003	370	16,7
2004	356	15,7
2005	346	15,0
2006	346	14,5
2007	349	13,9
2008	347	13,5
2009	352	14,3
2010	348	13,5
2011	344	12,7
2012	343	12,5
2013	341	12,1
2014	339	11,6
2015	339	11,2
2016	336	10,8
2017	328 ^a	10,1 ^a
2018	323 ^a	9,5 ^a

Anmerkung: ^a Wert auf der Basis von vorläufigen Werten oder aktuellen Prognosen

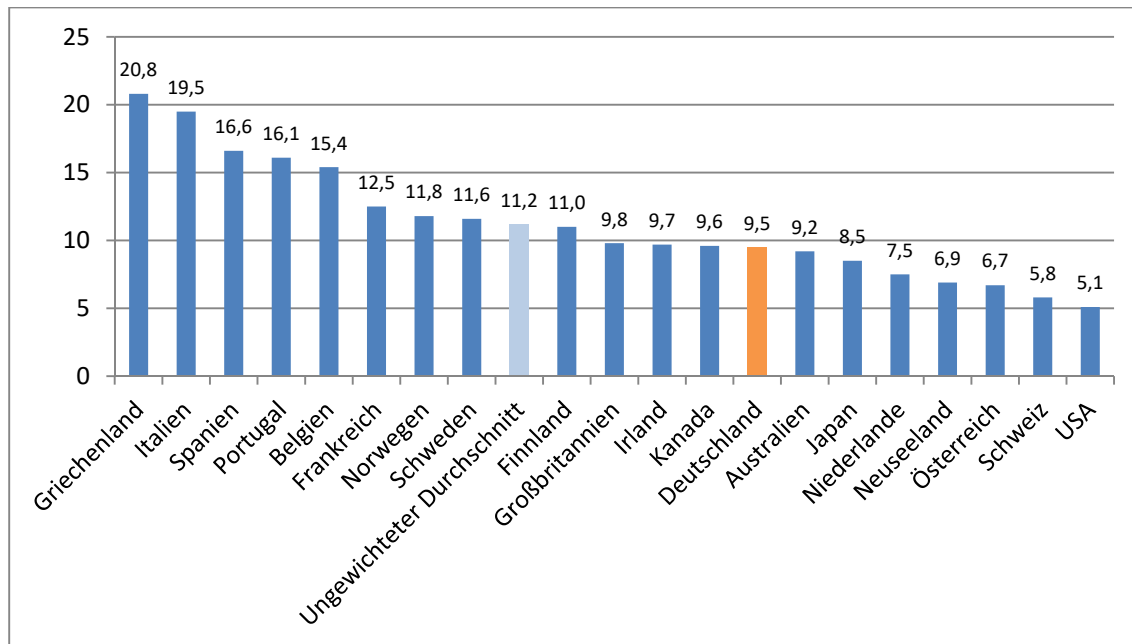
Tabelle 2: Ursachen für die prognostizierte Entwicklung Schattenwirtschaft 2018

Angenommene Entwicklung 2018	Auswirkungen (Zuwachs (+) /Minderung (-)) auf die Schattenwirtschaft Angaben in Mio. Euro
Wirtschaftslage: BIP-Wachstum 2,5 %, Arbeitslosigkeit 2,4 Mio.	-5.400

Tabelle 3: Prognostizierte Wirkungen steuerlicher Entlastungen

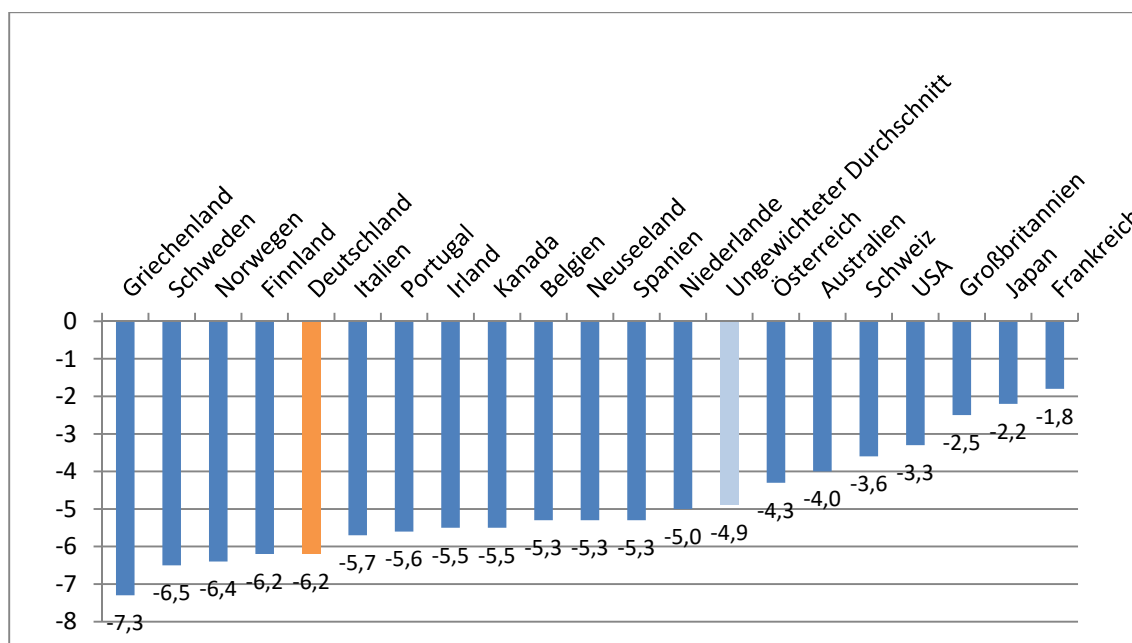
Steuerliche Änderungen	Auswirkungen (Zuwachs (+) /Minderung (-)) auf die Schattenwirtschaft Angaben in Mio. Euro
Abschaffung des Solidaritätszuschlags für 90% der Steuerzahler, die bisher den Soli gezahlt haben (gemäß Sondierungsgesprächen)	-7.000
Vollständige Abschaffung des Solidaritätszuschlags	-10.800

Abbildung 2: Niveau der Schattenwirtschaft in ausgewählten Industrieländern 2018 (im Verhältnis zum BIP)



Angegeben ist das Verhältnis der Schattenwirtschaft zum offiziellen BIP.

Abbildung 3: Rückgang der Schattenwirtschaft in ausgewählten Industrieländern 2004 bis 2018



Angegeben ist die Änderung im Verhältnis der Schattenwirtschaft zum offiziellen BIP in Prozentpunkten zwischen den Jahren 2004 und 2018.

Tabelle 5: Originalwerte zu Abbildungen 2 und 3

	2003	2004	2005	2006	2007	2008	2009	2010	2011	2012	2013	2014	2015	2016 ^a	2017 ^a	2018 ^a
Australien	13,7	13,2	12,6	11,4	11,7	10,6	10,9	10,3	10,1	9,8	9,4	10,2	10,3	9,8	9,4	9,2
Belgien	21,4	20,7	20,1	19,2	18,3	17,5	17,8	17,4	17,1	16,8	16,4	16,1	16,2	16,1	15,6	15,4
Deutschland	16,7	15,7	15,0	14,5	13,9	13,5	14,3	13,5	12,7	12,5	12,1	11,6	11,2	10,8	10,1	9,6
Finnland	17,6	17,2	16,6	15,3	14,5	13,8	14,2	14,0	13,7	13,3	13,0	12,9	12,4	12,0	11,5	11,0
Frankreich	14,7	14,3	13,8	12,4	11,8	11,1	11,6	11,3	11,0	10,8	9,9	10,8	12,3	12,6	12,8	12,5
Griechenland	28,2	28,1	27,6	26,2	25,1	24,3	25,0	25,4	24,3	24,0	23,6	23,3	22,4	22,0	21,5	20,8
Großbritannien	12,2	12,3	12,0	11,1	10,6	10,1	10,9	10,7	10,5	10,1	9,7	9,6	9,4	9,0	9,4	9,8
Irland	15,4	15,2	14,8	13,4	12,7	12,2	13,1	13,0	12,8	12,7	12,2	11,8	11,3	10,8	10,4	9,7
Italien	26,1	25,2	24,4	23,2	22,3	21,4	22,0	21,8	21,2	21,6	21,1	20,8	20,6	20,2	19,8	19,5
Japan	11,0	10,7	10,3	9,4	9,0	8,8	9,5	9,2	9,0	8,8	8,1	8,2	8,4	8,5	8,6	8,5
Kanada	15,3	15,1	14,3	13,2	12,6	12,0	12,6	12,2	11,9	11,5	10,8	10,4	10,3	10,0	9,8	9,6
Neuseeland	12,3	12,2	11,7	10,4	9,8	9,4	9,9	9,6	9,3	8,8	8,0	7,8	8,0	7,8	7,4	6,9
Niederlande	12,7	12,5	12,0	10,9	10,1	9,6	10,2	10,0	9,8	9,5	9,1	9,2	9,0	8,8	8,4	7,5
Norwegen	18,6	18,2	17,6	16,1	15,4	14,7	15,3	15,1	14,8	14,2	13,6	13,1	13,0	12,6	12,2	11,8
Österreich	10,8	11,0	10,3	9,7	9,4	8,1	8,5	8,2	7,9	7,6	7,5	7,8	8,2	7,8	7,6	6,7
Portugal	22,2	21,7	21,2	20,1	19,2	18,7	19,5	19,2	19,4	19,4	19,0	18,7	17,6	17,2	16,6	16,1
Schweden	18,6	18,1	17,5	16,2	15,6	14,9	15,4	15,0	14,7	14,3	13,9	13,6	13,2	12,6	12,1	11,6
Schweiz	9,5	9,4	9,0	8,5	8,2	7,9	8,3	8,1	7,8	7,6	7,1	6,9	6,5	6,2	6,0	5,8
Spanien	22,2	21,9	21,3	20,2	19,3	18,4	19,5	19,4	19,2	19,2	18,6	18,5	18,2	17,9	17,2	16,6
USA	8,5	8,4	8,2	7,5	7,2	7,0	7,6	7,2	7,0	7,0	6,6	6,3	5,9	5,6	5,4	5,1
Ungewichteter Durchschnitt	16,4	16,1	15,5	14,4	13,8	13,2	13,8	13,5	13,2	13,0	12,5	12,4	12,2	11,9	11,6	11,2

^{a)} Werte auf Basis von aktuellen Prognosen oder vorläufigen Werten